Doris Sandbrink

Ziele und Empfehlungen für die Entwicklung der gemeinwohlorientierten Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen

Doris Sandbrink

Evangelisches Erwachsenenbildungswerk Nordrhein

sandbrink@eeb-nordrhein.de

Über den Hintergrund des zweijährigen Prozesses der Evaluation von Weiterbildungsmitteln in NRW habe ich bereits im forum erwachsenenbildung 2/2011 berichtet. Anlass der Vorgänge war eine Prüfmitteilung des Landesrechnungshofes zur Berechnung des Förderanspruchs. Evaluiert wurde die Wirksamkeit der Weiterbildungsmittel des Weiterbildungsgesetztes (WbG) durch das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE).

Ich möchte nun im Folgenden skizzieren, wie sich dieser Prozess in den letzten eineinhalb Jahre weiterentwickelt hat und zu welchen Ergebnissen er führt.

I. Vom Evaluationsgutachten zur Weiterbildungskonferenz 2012

Zentraler Aspekt des 2010 im Auftrag des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes NRW (MSW) erstellten Evaluationsgutachtens war die Entwicklung eines neuen Modells zur aktuellen Fördersystematik für die kommunalen und freien Träger, das die Kritik des Landesrechnungshofes bezüglich nicht „zeitgemäßer, intransparenter und komplizierter Förderpolitik“ aufnimmt. In der Weiterbildungslandschaft wurde dieses Gutachten 2011 intensiv diskutiert und die Evangelische Erwachsenenbildung (EEB) NRW hat das hier vorgeschlagene Modell der *Orientierung an Angebotsvolumina, an Quantitätskriterien in Kombination mit Sockelförderung* abgelehnt, da eine damit gegebene Ungleichbehandlung von Volkshochschulen und freien Trägern die bislang bewährte Pluralität gefährden und den Anspruch der Strukturensicherung und der Fördergerechtigkeit unter den Weiterbildungseinrichtungen konterkarieren würde. Die EEB NRW hat aber zugesichert, konstruktiv an einer entsprechenden Modifizierung der Fördersystematik für freie Träger mitzuarbeiten, und zwar sobald ein Berichtswesen vorliegt, das es erlaubt, datenbasiert ein Fördersystem zu präzisieren. Angesichts der kontroversen Diskussion der DIE-Empfehlungen schlug die Ministerin eine „Weiterbildungskonferenz“ vor, um sich derart mit allen Trägern über die Entwicklungsperspektiven der Weiterbildung in NRW zu verständigen. Die Konferenz begann unter Leitung der Ministerin Sylvia Löhrmann im November 2011 mit rund 70 Vertreterinnen und Vertretern von Organisationen der Weiterbildung, von Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgebern, von den kommunalen Spitzenverbänden in Nordrhein-Westfalen sowie den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern aller Landtagsfraktionen. Nach diesem Auftakt folgte eine einjährige Arbeitsphase mit dem Ziel, im Herbst 2012 zu einer Verständigung über zentrale Eckpunkte, strittige Handlungsempfehlungen und letztlich zu einem Beschlusspapier für die Entwicklung der gemeinwohlorientierten Weiterbildung über die bestehende Legislaturperiode hinaus zu kommen.

Dieses Ziel wurde mittlerweile erreicht! Empfehlungen an die Landesregierung und den nordrhein-westfälischen Landtag konnten im Oktober 2012 fertiggestellt, in der Gesamtgruppe unter Leitung der Ministerin diskutiert und dann mit großer Mehrheit beschlossen werden. Alle Weiterbildungsträger waren sich z. B. einig, zukünftig bildungsferne Erwachsene besser fördern zu wollen, nachhaltigere Unterstützungsstrukturen seitens des Landes für die Weiterbildungslandschaft bereitzustellen, einen „Landesbeirat für Weiterbildung“ einzurichten und die Weiterbildung auch stärker an den regionalen Bildungsnetzwerken zu beteiligen. Die Veränderung der Fördersystematik wurde zurückgestellt, bis ein neues „Berichtswesen für Weiterbildung“ entwickelt und eingerichtet ist, welches voraussichtlich 2014 erstmals erprobt werden soll.

Die Vorschläge umfassen im Einzelnen folgendes Spektrum:

1. Es gilt die strukturelle Zukunftsfähigkeit über optimale Förderung der gemeinwohlorientierten Weiterbildung zu sichern. Wichtig dabei ist der Aufbau eines schlanken Berichtswesens, das die Förder- und Leistungsbilanz der Weiterbildung abbildet.
2. Ein leistungsfähiges Weiterbildungssystem braucht nachhaltige Stärkung der Professionalität und Qualifizierung und gute Ideen für Support und qualitätstestierte Weiterbildungseinrichtungen. Das bedeutet u. a., die Hauptamtlichkeit zu stützen, für tarifgerechte Bezahlung von HPM und NPM Sorge zu tragen und Qualitätstestate für die Förderung nach WbG vorauszusetzen.
3. Eine landeseinheitliche Weiterbildungspolitik zur Bündelung der unterschiedlichen Interessen kann zusätzliche Synergieeffek-

te herstellen. Die Vorschläge zielen auf die Errichtung eines „Landesbeirates Weiterbildung NRW“ und interministerieller Arbeitsgruppen.

4. Eine wichtige bildungspolitische Schwerpunktsetzung ist die besondere Förderung von bildungsbenachteiligten Zielgruppen und die Entwicklung von entsprechenden Konzepten und neuen Formaten mit Sozialraumbezug und Netzwerkorientierung. „Alphabetisierung und Grundbildung“ sowie „zweiter Bildungsweg“ sind dabei besonders im Fokus.
5. Durch systematische Einbeziehung der gemeinwohlorientierten Weiterbildung in regionale Bildungsnetzwerke kann der Weg zu Bildungslandschaften beschritten werden: Vernetzung statt Versäulung, um nah an den Bildungsbedürfnissen der Menschen in allen Lebensbereichen und in allen Lebensphasen zu sein.
6. Eine landesweite Grundversorgung mit trägerneutraler Weiterbildung ist sicherzustellen und Weiterbildungsberatung ist als neue Aufgabe zu entwickeln und als zusätzliche Aufgabe gesetzlich anzuerkennen.
7. Weiterbildungseinrichtungen stehen vor der Herausforderung, neben den traditionellen Zielgruppen auch bildungsferne Milieus durch neue Formate, Methoden und Inhalte anzusprechen. Dabei sind flexibilisierte Angebotsformen und eine aufsuchende, ganzheitliche Bildungsarbeit besonders zu ermöglichen.
8. Die Bilanzierung und Erfassung von nonformal und informell erworbenen Kompetenzen werden immer bedeutsamer. Im Deutschen Qualifikationsrahmen könnte ein Teil der zertifizierten Weiterbildung abgebildet werden.

II. Perspektiven für eine zukunftsfeste Weiterbildung: Weiterbildungskonferenz überreicht Empfehlungen an Landesregierung und Landtag

In Nordrhein-Westfalen ist es eine gute Tradition, dass man sich in Fragen des lebensbegleitenden Lernens *über alle Parteigrenzen hinweg* verständigt und auf dieser Grundlage gemeinsam handelt. Da nun ein Papier mit Anregungen für die Gestaltung einer zukünftigen Weiterbildungspolitik in NRW verabschiedet worden war, wurde es auch offiziell dem Parlament und der Landesregierung überreicht. Die Sprecherin und der Sprecher des Gesprächskreises für Landesorganisationen der Weiterbildung, Doris Sandbrink und Rainer Hammelrath, übergaben am 14. Dezember 2012 im Landtag der Landtagspräsidentin Carina Gödecke und der Schul- und Weiterbildungsministerin Sylvia Löhrmann die Ergebnisse der Weiterbildungskonferenz. Die Ministerin betonte, dass diese Ergebnisse als „eine Art Blaupause für die Weiterentwicklung des lebenslangen Lernens“ zu verstehen seien.

„Die Diskussionen und das gemeinsame Ringen für eine zukunftsfeste Weiterbildung in NRW waren wichtig. Wir haben jetzt ein solides Fundament, auf dem wir weiter vertrauensvoll arbeiten können.“ Schul- und Weiterbildungsministerin Sylvia Löhrmann

Die oben skizzierten Empfehlungen werden jetzt Zug um Zug in die Praxis umgesetzt, wobei die Ministerin zudem erklärte, dass dies vor dem Hintergrund begrenzter finanzieller Spielräume und in zentraler politischer Verantwortung des Parlaments geschehen muss, um am Ende auch zu realistischen Ergebnissen zu kommen. Von der Landtagspräsidentin wurde nachdrücklich der Vorschlag unterstützt, dass die Landesregierung das Parlament künftig über die Fortschritte der Weiterbildungskonferenz unterrichtet.

Am 28. Februar 2013 informierte die Ministerin das Parlament dann über die Ergebnisse der Weiterbildungskonferenz, welche sie als einen „großen Erfolg“ und als „Ausdruck eines neuen Politikverständnisses des gemeinsamen Gestaltens“ vorstellte. Sie unterstrich besonders die „Integrationskraft und Innovationsbereitschaft der Weiterbildungsträger“ und lobte viele gute Ansätze. Und auch in der sich anschließenden Plenardebatte äußerten sich alle bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen zustimmend zu den einzelnen Empfehlungen der Weiterbildungskonferenz.

Folgende Aspekte standen dabei im Fokus:

- Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung von bildungsbenachteiligten Zielgruppen: Diese stagniert und ist laut jüngstem nationalen Bildungsbericht in einigen Fällen sogar leicht rückläufig. Die Weiterbildung sollte barrierefrei sein für diejenigen, welche bisher kaum oder gar keinen Zugang

[1] Rat der EKD (2003): Maße des Menschlichen. Evangelische Perspektiven zur Bildung in der Wissens- und Lerngesellschaft, S. 14 ff.

zur Weiterbildung hatten (dies betrifft insbesondere das Thema „Alphabetisierung und Grundbildung“: laut „leo. – Level-One Studie“ mehr als 14 % der erwerbsfähigen Bevölkerung).

- Aufbau eines landesweiten Berichtssystems, um valide Daten über die Situation der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen und damit eine Förder- und Leistungsbilanz der Weiterbildungseinrichtungen zu bekommen, was konkret bedeutet: schlanke und unbürokratische Rechenschaftslegung über die Arbeit der Einrichtungen und über die entsprechende Verwendung von Mitteln.
- Bildung eines Landesbeirates für Weiterbildung, der die Landesregierung und die Landespolitik in Fragen gemeinwohlorientierter Weiterbildung zukünftig beraten und mit dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung eng zusammenarbeiten wird. Das Parlament wird hierdurch gestärkt und das Thema „Weiterbildung“ rückt stärker in den Fokus bildungspolitischer Diskussionen.
- Stärkere und systematische Einbindung der Weiterbildung in die regionalen Bildungsnetzwerke in Nordrhein-Westfalen: Diesbezüglich ist eine Online-Handreichung des Gesprächskreises für Landesorganisationen der Weiterbildung in NRW von großer Bedeutung.

Die Evangelische Erwachsenenbildung NRW war in allen Phasen und Arbeitsgruppen der Weiterbildungskonferenz intensiv eingebunden und hat zu allen skizzierten Empfehlungen ihre Zustimmung gegeben. Jetzt beginnt die Phase der Umsetzung. Aus Sicht der EEB NRW stehen derzeit vor allem drei Entwicklungen im Vordergrund: Es wird mit Hochdruck am *Aufbau eines Berichtswesens* gearbeitet. Eine Arbeitsgruppe entwickelt hierzu ein Konzept. Da die beiden evangelischen Bildungswerke in NRW seit Jahrzehnten über ein ausdifferenziertes Berichtssystem verfügen und sich an der Verbundstatistik beteiligen, haben wir keinerlei Schwierigkeiten, die Förder- und Leistungsbilanzierung im Land zu unterstützen. Gerade im Bereich des Qualitätsmanagements haben wir die Vorteile eines datenbasierten Steuerungswissens für konzeptionelle und institutionelle Bewertungen unserer Arbeit erfahren und sind gerne bereit, unsere Erfahrungen in die Arbeitsgruppe einzubringen. Ebenfalls haben wir großes Interesse an der zügigen Installierung eines *Landesbeirates Weiterbildung* und an der Mitarbeit in diesem Gremium. Wir hoffen, hierdurch eine stärkere Verzahnung mit dem Parlament entwickeln zu können, da das Thema „Weiterbildung“ in der Politik mittlerweile nur noch durch eine Handvoll Expertinnen und Experten repräsentiert wird. Der Generationenwechsel, welcher auch die Weiterbildungseinrichtungen längst erreicht hat, lässt es politisch zunehmend wichtig werden, jede Möglichkeit einer inhaltlichen Diskussion von weiterbildungsspezifischen Fragen im Parlament zu nutzen.

An der Entwicklung eines onlinegestützten Handlungsleitfadens zur verstärkten *Zusammenarbeit zwischen regionalen Bildungsnetzwerken und der gemeinwohlorientierten Weiterbildung* in NRW hat die Evangelische Erwachsenenbildung NRW maßgeblich mitgewirkt. Wir unterstützen hierin die Auffassung, dass Bildung mehr ist als Schule, dass Menschen überall und ein Leben lang lernen. Und wenn Bildung überdies auch chancengerecht sein soll, dann kommt man nicht umhin, die Stärken aller für die Bildungsbiografie bedeutenden Bildungsbereiche einzubeziehen. In diesem Sinne knüpfen wir an die Denkschrift „Maße des Menschlichen“[1] an, worin festgehalten ist, dass Bildung mehr ist als Wissen und Lernen, und wo der Blick konsequent am Lebenslauf orientiert ist – von der frühen Kindheit bis zum lebenslangen Lernen des Erwachsenen.

Wir als Evangelische Erwachsenenbildung können uns in diesen spannenden bildungspolitischen Prozessen sehr gut einbringen, denn wir haben Erfahrungen in der Kooperation an wichtigen Schnittstellen (z. B. zwischen Tageseinrichtung für Kinder und Schulen oder zwischen Schule und dem Berufsleben) und Expertise in bildungspolitisch wichtigen Handlungsfeldern (z. B. der Sprachförderung oder Inklusion). Wie lange der Prozess der Umsetzung der Ziele und Empfehlungen für die Entwicklung der gemeinwohlorientierten Weiterbildung dauern wird, lässt sich zu diesem Zeitpunkt nicht prophezeien – wohl aber die Tatsache, dass die Evangelische Erwachsenenbildung NRW diesen diskursiv angelegten Prozess weiterhin konstruktiv mit gestalten und mit begleiten wird – ganz im Sinne des Mottos der jetzigen Landesregierung: Betroffene zu Beteiligten machen!

Weiterführende Infos unter:
Link zum Papier der Weiterbildungskonferenz: www.schulministerium.nrw.de/BP/Weiterbildung/Aktuelles/WBK.pdf

Links zu Übergabe der Empfehlungen:
www.schulministerium.nrw.de

www.landtag.nrw.de
Link zur Plenardebatte: www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/I.1/video/on_demand_stream.jsp?id=8079

Link zur Online-Handreichung:
www.weiterbildung-vernetzen.de